

Mieczysław Tomala

„Erzählen Sie keinen Unsinn, Genosse Ulbricht!“

Die VR Polen und die DDR in den 60er Jahren: Offizielle Harmonie und internes Mißtrauen

Die Beziehungen Polens zur Deutschen Demokratischen Republik verdienen besonders in jener Periode Aufmerksamkeit, in der sich Władysław Gomułka und Walter Ulbricht an der Spitze der politischen Führungen beider Staaten befanden. Nicht nur, weil sich beide Staaten aktiv an der sogenannten Deutschlandpolitik beteiligten, sondern auch, weil die Einschätzungen gerade dieser beiden Politiker zu etlichen Fragen der inneren Entwicklung wie auch vielen internationalen Ereignissen so grundsätzlich verschieden waren. Helmut Schmidt, damals SPD-Bundestagsabgeordneter, gewann 1966 während eines Aufenthaltes in Warschau den Eindruck, Gomułka stehe in völliger Abhängigkeit von Ulbricht. Das hat sich als falsch erwiesen. Gewiß, zu verschiedenen Jubiläen und Jahrestagen gehaltene Reden unterstrichen die Übereinstimmung beider Staaten, die es - allgemein gesehen - ja auch gegeben hat. Wenn jedoch die Diskussion zu Fragen der ökonomischen Entwicklung und zur Zusammenarbeit im Rahmen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) begann, wurden gravierende Unterschiede deutlich. Schließlich begann Gomułka skeptisch über die Zukunft der DDR zu werden - eine Haltung, die der DDR-Führung nicht verborgen blieb.

Die Jahre nach 1956. Spannungsmomente und Distanzierungen

Nach dem politischen Kurswechsel der polnischen Führung auf dem VIII. Plenum des ZK der PVAP im Oktober 1956, als Gomułka zum 1. Sekretär gewählt wurde, war ihr Verhältnis zur DDR von einer gewissen Distanz gekennzeichnet. Dafür gab es viele Gründe. Im Jahre 1955 unternahm Polen einen Vorstoß zur Normalisierung der Beziehungen zur BRD. Die Äußerungen polnischer Politiker gegenüber der BRD wurden zurückhaltender, auf direkte Angriffe gegen die BRD wegen „Faschisierung“ oder „Remilitarisierung“ wurde verzichtet. An der Haltung der BRD gegenüber Polen in der Grenzfrage änderte sich jedoch nichts.

* Prof. (em.) Dr. Mieczysław Tomala, Polnisches Institut für Internationale Beziehungen PIZM, Warschau.

Die DDR bezeichnete dieses Verhalten Polens als „Eiertanz“¹.

Die in Polen entstandenen Spielräume für demokratische Elemente wurden von der DDR-Führung kritisch beurteilt, was wiederum sowohl die polnischen Politiker als auch die polnische Gesellschaft eine negative Haltung gegenüber dem westlichen Nachbarn einnehmen ließ. Polen betrachtete die DDR als einen Hort des Stalinismus. Den Beteuerungen der DDR-Politiker über die Stärke des Staates, über die vorgebliche Unterstützung und Autorität in der Gesellschaft wurde in Polen kein Glauben geschenkt. In seinem Bericht über einen Aufenthalt in Poznan stellte der Botschafter der DDR 1957 fest, „daß für die Menschen in Polen die BRD gleich Deutschland sei, und darüber hinaus existiert noch so etwas wie die DDR“². Er erregte sich unter anderem darüber, daß die „Arbeiterstimme“, eine Zeitschrift für die deutsche Bevölkerung in Polen, die BRD positiv einschätzte, während sie über die DDR schlecht berichtete.

Die Haltung der DDR-Spitze zu den Ergebnissen des VIII. Plenums hatte neue Elemente der Spannung und der Abneigung gegen diesen Staat zur Folge. Den Deklarationen der „Freundschaft und unverbrüchlichen Brüderlichkeit“ folgten Schikanen gegen jene Polen, die sich in der DDR aufhielten und ihre Zufriedenheit mit den Veränderungen in Polen äußerten. Und wenn sie noch dazu ihre Gesprächspartner aus der DDR ermunterten, in ihrem Land den gleichen Weg zu gehen, wurden sie sofort aus der DDR ausgewiesen. Die offiziellen Versicherungen der DDR bezüglich der Anerkennung der Grenze fanden in der polnischen Gesellschaft nicht mehr eine so große Resonanz, wie das früher der Fall war. Denn aus westlichen Rundfunksendern verlautete, daß die gegenwärtigen Grenzvereinbarungen nicht von Ewigkeit seien. Zudem war bekannt, daß auch auf dem Gebiet der DDR - obwohl illegal - die Vertriebenenverbände der Ostpreußen, der Pommern sowie der Schlesier tätig waren.

Zur gleichen Zeit belebten sich die gesellschaftlichen Kontakte zwischen der BRD und Polen. Sie waren nicht umfangreich, aber im Vergleich zur absoluten Kontaktlosigkeit der frühen 50er Jahren bedeutete dies sehr viel. Die Berichte, die ein anderes, als das bis dahin aus den politischen Karikaturen bekannte Westdeutschland zeigten, veränderten das Ansehen des Staates jenseits der Elbe. Obgleich sich dessen Politik hinsichtlich der lebenswichtigen Interessen Polens nicht änderte, verschwanden die krassesten Mißverständnisse. In Polen tauchte die westdeutsche Presse auf, westdeutsche Journalisten wurden als ständige Berichterstatter akkreditiert. Das Kennenlernen unseres Landes durch die westdeutsche Gesellschaft beeinflusste die Haltung in der Frage der Anerkennung der Grenze an Oder und Neiße. Diese bis dahin generell abgelehnte Grenze fand immer mehr Befürworter, was wiederum das Ansehen der BRD in Polen verbesserte. Das Bild der BRD wurde nicht mehr nur einseitig und in dunklen Farben gemalt.

¹ Archiv des Außenministeriums der DDR, Ordner 1933.

² Archiv des Außenministeriums der DDR, Ordner 1481.

Nachbar Polens blieb jedoch die DDR. Zusammen mit ihr war Polen Mitglied des Warschauer Vertrages und des RGW. Seit Oktober 1956 konzentrierte sich die polnische Führung auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Diesem Ziel wurden die Aufgaben des diplomatischen Dienstes und der Außenpolitik Polens untergeordnet. Die Hoffnungen auf eine Normalisierung der Beziehungen zur BRD und auf eine spürbare Belebung der Handelsbeziehungen erfüllten sich allerdings nicht. So mußte man, trotz vieler Vorbehalte, mit der DDR zusammenarbeiten. Aus dieser Zusammenarbeit sollte soviel wie möglich Nutzen gezogen werden.

Zum Bedingungsgefüge jener Jahre gehörten auch die immer neuen sowjetischen Vorschläge für einen Friedensvertrag mit den beiden deutschen Staaten (bzw. nur mit der DDR) sowie für eine Umwandlung Westberlins in eine freie, entmilitarisierte Stadt. Polen unterstützte diese Vorschläge vorbehaltlos. Das verpflichtete unser Land natürlich auch zur Unterstützung der DDR.

Die 60er Jahre. Das deutsche Problem und die wirtschaftliche Zurückhaltung der DDR

Dieses Jahrzehnt stellte in den Beziehungen zwischen Polen und der DDR eine besondere Periode dar: Einerseits war es geprägt von der vollen Unterstützung Polens für die politischen Ziele der DDR, insbesondere ihrer internationalen Anerkennung, sowie für ihre Politik gegenüber der BRD. Andererseits wurde die polnische Führung allmählich ungeduldig über die zuerst zurückhaltende, dann ablehnende Haltung der DDR gegenüber den polnischen Plänen einer engeren ökonomischen Integration, nicht nur im Rahmen des ganzen sozialistischen Lagers, sondern auch auf der bilateralen Ebene und im Dreieck Warschau-Berlin-Prag.

Die 60er Jahre sind reich an Treffen zwischen Polen und der DDR auf höchster Ebene, auf denen diese Themen eine herausragende Rolle spielten. Polen war sich bewußt, daß die wichtigen politischen Fragen, wie die Unterzeichnung eines Friedensvertrages, in der Entscheidungsgewalt der Sowjetunion lagen. Darüber hinaus blieb ja auch die Vier-Mächte-Verantwortung für Deutschland bestehen.

Während der zahlreichen Treffen wurden regelmäßig die Errungenschaften in den bilateralen Beziehungen gepriesen, gleichzeitig wurde jedoch zugegeben, daß noch beträchtliche Defizite bestanden. Die Äußerungen von Gomułka über die Beziehungen zur DDR rückten die Notwendigkeit ökonomischer Entwicklung durch vertiefte Arbeitsteilung, Kooperation und Integration in den Mittelpunkt.

Ende der 60er Jahre war eine komplexe Situation in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen der DDR und Polen entstanden. Einerseits stiegen die Handelsumsätze und die Kooperation wurde in dem vom RGW gesetzten Rahmen

erweitert. Andererseits wurde sichtbar, daß eine Schwelle erreicht war, die nur durch eine neue Qualität der Zusammenarbeit überschritten werden konnte und die solche neuen Elemente, wie zum Beispiel eine gemeinsame Währung, beinhalten mußte. Man weiß nicht, wie sich die Situation weiterentwickelt hätte, wären Gomułka und Ulbricht am Steuer geblieben. Beide sind gegangen - Gomułka als erster, was bei Ulbricht offensichtlich Zufriedenheit hervorrief, so daß selbst Erich Honecker den Eindruck gewann, Ulbricht habe sich über den Rücktritt von Gomułka gefreut.³

Das Ausbleiben qualitativ neuer Merkmale der ökonomischen Zusammenarbeit, nicht nur zwischen Polen und der DDR, sondern im RGW generell, verschleppte die entstandene Krise nur, ehe sie Jahre später mit voller Kraft ausbrach.

Einen weitreichenden Vorschlag zur Intensivierung der ökonomischen Zusammenarbeit unterbreitete Polen bereits ein Jahr nach dem 13. August 1961. Für Gomułka hatte dies zugleich einen politischen Aspekt. Er war sich bewußt, daß eine verstärkte Einbindung der DDR jene Aktivitäten ihrer Führung, die auf eine Intensivierung des sogenannten innerdeutschen Austausches ausgerichtet waren, erschweren würde. Die DDR-Führung hat die Bedeutung dieses Austausches für die Wirtschaft der DDR stets bewußt heruntergespielt. Über seine politische Bedeutung wollte sie nicht diskutieren. Gomułka strebte seinerseits eine solche Integration der DDR in den RGW (und besonders mit Polen und der ČSSR) an, die eine deutsche Wiedervereinigung verhindern oder zumindest erschweren sollte.

Trotz der formalen Einigkeit Polens und der DDR über eine engere Zusammenarbeit bewahrheitete sich hier das Sprichwort: „Wenn beide das Gleiche sagen, dann heißt es noch lange nicht das Gleiche“.

Im Januar 1963 führte Gomułka die Delegation des ZK der PVAP, die am VI. Parteitag der SED teilnahm. In seiner Rede drückte er ein weiteres Mal die Notwendigkeit der Vertiefung der ökonomischen Zusammenarbeit aus, nicht nur auf bilateraler Ebene zwischen Polen und der DDR, sondern im ganzen RGW. Kaum ein halbes Jahr später feierte Ulbricht seinen 70. Geburtstag. Aus diesem Anlaß kam Gomułka erneut in die DDR und er zählte neben Nikita Chruschtschow zu den wichtigsten Gästen. Wieder fanden sich neben den Versicherungen über die Freundschaft zwischen Polen und der DDR auch Worte der Ungeduld der polnischen Seite über den langsamen Verlauf der bilateralen Zusammenarbeit.

In dieser Zeit veröffentlichte die DDR-Presse Artikel, die die Zusammenarbeit zwischen Polen und der DDR kritisch bewerteten. Als Beispiel wurde immer wieder der Tausch „Wartburg gegen Kartoffeln“ angeführt, der in den Augen eines durchschnittlichen DDR-Bürgers eine mißlungene Transaktion darstell-

³ Archiwum Akt Nowych, Teczka 3278, S. 2.

te. Statt sich für eine engere Zusammenarbeit mit Polen und der ČSSR einzusetzen, verbreitete die Führung der DDR die Idee einer „Wirtschaftsgemeinschaft DDR-UdSSR“. Offensichtlich sollte auf diese Weise versucht werden, den Stellenwert der Zusammenarbeit mit Polen herabzumindern. Dennoch nahm der Umfang der wirtschaftlichen Kooperation mit der DDR ständig zu, zum Teil im Ergebnis der Vereinbarungen im Rahmen des RGW, zum Teil auf der Grundlage bilateraler Vereinbarungen.

Einen beträchtlichen Teil ihrer Aufmerksamkeit schenkte die DDR den Beziehungen zur BRD, und obwohl sie offiziell keine unterhielten, existierte ein bedeutendes Netz gegenseitiger, besonders ökonomischer Verknüpfungen. Die Volkswirtschaft der DDR profitierte von vielen Erleichterungen. Zwischen der DDR und der BRD existierte keine Zollgrenze, und obwohl die DDR ständig ihre staatliche Souveränität betonte, nutzte sie diese Erleichterungen aus, und sie nahm es hin, daß die BRD diesen Austausch als „innerdeutschen Handel“ bezeichnete. Die sozialistischen Staaten sahen sich einem schwierigen Problem gegenüber. Einerseits war eine ökonomisch starke DDR ein guter Partner im Rahmen des RGW, andererseits war man sich aber bewußt, daß diese Stärke zu einem großen Teil Folge der Verbindungen mit der Wirtschaft der BRD war, was auch innerdeutsche gesellschaftliche Beziehungen zur Folge haben mußte. Dies wiederum würde gesamtdeutsche Elemente stärken, was jedoch den offiziellen politischen Thesen der DDR widersprach.

Während des Besuchs einer DDR-Delegation in Polen hob Gomułka 1963 voller Ungeduld hervor: „Die Ergebnisse können nicht als zufriedenstellend betrachtet werden. Die Arbeiten sollten beschleunigt werden. Polen und die DDR besitzen ein gleichgroßes Industriepotential, es müssen jedoch die Spezialisierung der Industrieproduktion vertieft und die Produktionsprozesse koordiniert werden“.⁴

Im gleichen Jahr berichtete aus Warschau Botschafter Helmut Allardt, der für die BRD über eine langfristige Handelsvereinbarung mit Polen verhandelte, daß der Vizeminister im Außenhandelsministerium, Franciszek Modrzewski, die DDR negativ beurteilte. Allardt schrieb: „In Polen gibt es keine Illusionen bezüglich der inneren Werte des Zonenregimes. Polen liegt nicht an der Existenz der DDR. Warschau orientiert sich gut im Kräfteverhältnis zwischen der Bundesrepublik und der DDR, weil es weiß, daß es in naher Zukunft nur mit einem deutschen Nachbarn zu tun haben wird“.⁵

Eine Vorstellung von der Sicht der polnischen Gesellschaft auf die DDR liefern auch die diplomatischen Berichte der Warschauer DDR-Botschaft an die

⁴ W. Gomułka: „Przemowienia styczen 1963 - lipiec 1964“. Warszawa 1964, S. 174-183.

⁵ Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland - 1963. Band I, München 1994, S. 455.

Berliner Zentrale. Aus ihnen folgt, daß die polnische Gesellschaft dem westlichen Nachbarn gegenüber sehr kritisch gegenüberstand. Beispielsweise hörten DDR-Diplomaten im Januar 1962 während eines Gesprächs im Wojewodschaftskomitee Gdansk der PVAP von den polnischen Gesprächspartnern, daß diese nicht an die Loyalität der DDR unserem Land gegenüber glaubten und deshalb mit der Stationierung sowjetischer Streitkräfte in der DDR sehr zufrieden seien. Häufig wurde auch oft nach den Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten gefragt, die seitens der DDR immer heruntergespielt wurden.⁶

Dieser Mangel an Vertrauen zur DDR kam auch in einem Telex des Kultur- und Informationszentrums der DDR in Polen vom 28. Oktober 1969 zum Ausdruck: „In den Gesprächen werden ständig die Argumente zu den wirtschaftlichen Beziehungen DDR-Westdeutschland vorgebracht, um eigene Kontakte mit Westdeutschland zu rechtfertigen. Man spricht auch von Integration oder einer eventuellen Vereinigung beider deutscher Staaten, die momentan auf wirtschaftlichem Gebiet vorbereitet würde. Gegenargumente seitens der DDR bezüglich der Bereiche des Handels mit Westdeutschland werden grundsätzlich nicht beachtet“.⁷

Der Vertrag von 1967 und die Zunahme von Divergenzen

In der internationalen Arena entstand in dieser Zeit eine neue Situation. In der BRD kam es zu großen Koalition, Erster Vizekanzler und Außenminister wurde der Chef der deutschen SPD, Willy Brandt. Das beunruhigte nicht nur die DDR, sondern auch Polen. Die neue Ostpolitik der BRD wurde als Fortsetzung der alten Strategie „auf Filzlätschen“ (Otto Winzer, damaliger Außenminister der DDR) angesehen. In so veränderter Lage fühlte sich die DDR bedroht und schlug aus diesem Grunde bilaterale Verträge mit der ČSSR und mit Polen vor.

Am 21. März 1967, kurz nach der Unterzeichnung des Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand, sagte Gomułka, daß „die Zeit dafür gekommen ist, den Schritt zu wagen, durch den sich die drei Länder integrieren und dann in diesem Sinne auftreten...“, die UdSSR müßte dann die Verhandlungen mit den Dreien als Ganzes, und nicht mit jedem einzelnen führen“. Gomułka hatte darüber bereits am 10. Oktober 1966 mit Leonid Breshnew in Łańsk gesprochen. Dabei hatte er darauf hingewiesen, daß ein solcher Vorschlag schon früher von Ulbricht formuliert worden sei und sagte: „Wir erörterten schon früher dieses Problem. Wir wollten jedoch die Entscheidung in einer besonderen Situation treffen, z.B. wenn es um den Zugang der BRD zu Kernwaffen geht. Es sollte eine Antwort unsererseits darstellen und als eine Folge der

⁶ Bericht vom 10. Januar 1962, in: Archiv des ZK der SED IV-2/20-186.

⁷ Archiv des ZK der SED, IV A/2/20/351.

wachsenden Bedrohung der sozialistischen Länder betrachtet werden. Dabei dachten wir an ein System bilateraler Verträge, das die vier Staaten UdSSR, Tschechoslowakei, DDR und Polen umfassen würde. Die UdSSR hat bereits solche bilateralen Verträge; es geht darum, daß Polen und die Tschechoslowakei ebenfalls derartige Verträge mit der DDR unterzeichnen. Diese bilateralen Verträge sollten somit die Grundlage des Warschauer Vertrages bilden“.⁸

Bereits im Jahre 1962 hatte Gomułka mit dem damaligen Botschafter der DDR in Warschau, Karl Mewis, gesprochen, der ihm sagte, daß die DDR nur dann eine stabile Zukunft habe, wenn ihre Wirtschaft mit der der anderen sozialistischen Länder eng verknüpft werde, wenn also eine enge Integration zustandekomme. Während des Treffens im ZK der PVAP anlässlich der Unterzeichnung des oben erwähnten Vertrages umriß Gomułka - im Unterschied zu Ulbricht, der sich auf allgemeinpolitische Fragen beschränkte - die polnische Konzeption der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der DDR im Rahmen des RGW: „Ich möchte meine tiefe Zufriedenheit zum Ausdruck bringen, daß alles, was Genosse Ulbricht nicht nur zu allgemeinpolitischen und Parteiproblemen, sondern auch zum Thema der Entwicklung und wirtschaftlichen Zusammenarbeit unserer Länder sagte, unserer Meinung entspricht. In der Hauptsache stimmen wir überein, wie die Lage ist. Wir können alle gut eine Diagnose stellen. Das schwierigste Problem aber ist die richtige Therapie. Genosse Mewis erinnert sich sicherlich daran, daß wir schon vor einigen Jahren mehrfach über diese Fragen diskutierten. Wir sind seit dieser Zeit nicht weit gekommen. Es existieren irgendwelche Hindernisse, und mir scheint, daß sie ihren Ursprung in einer gewissen nationalistischen Beschränktheit in einzelnen Ländern haben. Es ist an der Zeit, einen neuen Schritt zu wagen. Wir alle wenden uns an die Sowjetunion mit Vorhaben zur ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit in den Bereichen, wo langfristige Pläne vereinbart wurden. Das ist richtig. Mir scheint aber, daß es noch besser wäre, wenn unsere drei Länder ein Kollektiv bilden würden, und sich dann zusammen an die Sowjetunion wenden würden, um mit ihr auf den notwendigen Gebieten zusammenzuarbeiten. Die Sowjetunion würde dann nicht mit jedem Staat gesondert, sondern mit allen dreien zugleich Verhandlungen führen“⁹.

Nach der Unterzeichnung des Vertrages drängte Polen dementsprechend auf eine vertiefte Integration. Beide Seiten mußten beweisen, ob sie die Vertragsvereinbarungen nur instrumentell betrachten oder aber ernsthaft verwirklichen wollten. Es stellte sich jedoch schnell heraus, daß die DDR diesen Vertrag nur als Trumpfkarte gegenüber der BRD nutzte, während man in Warschau wünschte, daß als Preis für die geleistete politische Unterstützung die Wirtschaftsintegration vorangetrieben werden sollte.

⁸ AAN, Akta KC PZPR, Teczka 2642, S. 24.

⁹ AAN, Teczka 2575, S. 107.

Es wurde ein Gemeinsamer Ausschuß berufen, an dessen Spitze die in beiden Staaten für wirtschaftliche Zusammenarbeit zuständigen Vizepremierminister standen. Innerhalb eines halben Jahres wurden weitgehende Schritte zur Vertiefung der ökonomischen Kooperation zwischen der DDR und Polen vereinbart. Als es an die Verwirklichung ging, stellte sich jedoch heraus, daß die Vertragsvereinbarungen für die DDR nichts als leere Worte waren.

Anläßlich der Feierlichkeiten zum Jahrestag der Oktoberrevolution kam es am 8. November 1967 in Moskau zu einem weiteren Treffen der Delegationen Polens und der DDR. Die nachfolgende Gesprächsnotiz gibt Aufschluß über den Charakter der damaligen Beziehungen zwischen Polen und der DDR. Zwischen Gomułka und Ulbricht kam es zu einem heftigen Wortwechsel. Dabei kamen die wahren Absichten der DDR-Führung zum Vorschein, nicht nur bezüglich der Zusammenarbeit mit Polen, sondern auch hinsichtlich der Position im „sozialistischen Lager“ insgesamt. Hier die wichtigsten Ausschnitte des Gesprächs:

„Gen. Ulbricht erklärte die Ursachen, warum die DDR die Vereinbarungen des Gemeinsamen Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit Polens und der DDR unter dem Vorsitz von Gen. Eugeniusz Szyr und Julius Balkow nicht eingehalten hat. Im Verlauf der Verhandlungen wurden weder das Politbüro noch die Regierung der DDR über Verlauf und Ergebnisse dieser Verhandlungen informiert. Die Führung der DDR betrachtete die in den Ausschüssen erzielten Vereinbarungen nur als Vorschläge, die der DDR-Regierung vorgelegt werden sollten. Gen. Balkow handelte nicht richtig und überschritt seine Kompetenzen, indem er die Verhandlungen so führte, daß er die polnische Seite in dem Glauben ließ, die erzielten Vereinbarungen seien bindend für beide Seiten. Irgendwelche Entscheidungen bezüglich der ökonomischen Kooperation und Zusammenarbeit können nur im Ministerrat der DDR getroffen werden und nicht vom Gen. Balkow und seinem Ausschuß. Diesbezüglich werden Gen. Balkow gegenüber Konsequenzen gezogen. Die Vorschläge des Ausschusses sind für die DDR unannehmbar, weil sie keinen Platz im Wirtschaftsplan für 1968 haben, und auch keinen im Plan bis 1970. Überhaupt werde der Plan bis 1970 aufgrund der Beschlüsse des VII. Parteitages der SED gerade geändert. Daher könnten keine bindenden Entscheidungen getroffen werden...

Darauf antwortete Gen. Gomułka, daß die polnische Seite solche Argumente nicht annehmen kann, weil sie nicht der Wahrheit entsprechen. Das Thema der Kooperation ist nicht nur in den Ausschüssen erörtert worden, sondern bereits viel früher, während des Besuchs einer Delegation der DDR in Warschau im März des laufenden Jahres (Unterzeichnung des Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe) sprach Gen. Gomułka mit Gen. Ulbricht über dieses Thema. Damals ist vereinbart worden, daß diese Sache vorbereitet werden muß und deshalb wurde sie an den Ausschuß von Gen. Szyr und Balkow weitergeleitet. Jetzt stellt sich heraus, daß die monatelange Arbeit des

Ausschusses nutzlos war. Gen. Szyr vertrat in den Verhandlungen das Politbüro unserer Partei und unsere Regierung. Gen. Balkow ist ebenfalls Vizepremierminister und im Ausschuß wirkten auch Minister mit. Es entspricht nicht der Wahrheit, daß während der Verhandlungen die Führung der DDR nicht vom Gen. Balkow über den Verlauf informiert wurde, weil uns bekannt ist, daß es anders war. Indessen geht aus der Begründung von Gen. Ulbricht hervor, daß die Verhandlungen von Personen ohne Vollmacht geführt wurden. Das beleidigt uns! Das können wir nicht akzeptieren. Kein Staat darf behaupten, daß sein Vizepremierminister nicht das Recht hatte, verbindlich zu verhandeln. Wenn wir dieses Argument anerkennen würden - sagte Gen. Gomułka - würden wir in Euren Augen ein Nichts sein. Es würde bedeuten, daß Polen der DDR untersteht...

Gen. Ulbricht schlägt eine Lösung des Problems vor: man soll auf der Grundlage dessen, was erreicht wurde, ohne zu philosophieren, Schritt für Schritt die Zusammenarbeit entwickeln. So möchte die DDR verfahren, aber nicht innerhalb einiger Monate oder eines Jahres. Das, was möglich ist, bleibt unverändert und wurde durch den Planungsausschuß angenommen. Das ist in den Vorschlägen zur Zusammenarbeit, die vom Gen. Stoph unterbreitet wurden, enthalten. Andere Themen müssen zuerst durch den entsprechenden Apparat ausgearbeitet und im Politbüro entschieden werden. Gen. Ulbricht erklärte weiter, daß die Regierung der DDR anstelle des Gen. Balkow einen neuen Vorsitzenden des Ausschusses für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Polen ernennen wird...

Gen. Gomułka schätzte die ganze Sache als sehr ernst ein. Es ist jedoch ein weitergehendes Problem, das die Zusammenarbeit zwischen allen sozialistischen Ländern berührt. Zu einer gefährlichen Erscheinung ist geworden, daß sich jeder im Kreise seiner Interessen einschließt, ohne die der anderen zu berücksichtigen. Das ist keine kommunistische Herangehensweise. Wollt ihr - fragte Gen. Gomułka -, daß wir uns an euch anpassen? Ihr solltet stärker an der Zusammenarbeit mit uns interessiert sein als wir! Es ist überhaupt die Frage des Verhältnisses zu unserer Partei und Regierung. Das sind keine gleichberechtigten Beziehungen. Mit einem kapitalistischen Land hättet ihr das nie gemacht, selbst mit den Arabern spricht ihr wahrscheinlich anders. Natürlich werden beide Seiten die Arbeiten fortsetzen und alles mögliche tun, ... aber das hängt davon ab, welche Direktiven der Wirtschaftsapparat bekommt. Wir spionieren die DDR nicht aus, aber wir wissen, daß bei Euch vom technischen Personal ein Druck ausgeht, die Zusammenarbeit mit dem Westen, hauptsächlich mit der BRD, eventuell noch mit der Sowjetunion und der Tschechoslowakei, aber nicht mit Polen, zu erweitern. In dieser Situation hat es keinen Sinn, die Gespräche weiterzuführen.

Gen. Ulbricht stellte zum Schluß fest, daß die DDR-Delegation die Argumente von Gen. Gomułka ablehnt. Das ist zuviel - sagte er - Ihr habt die Grenze überschritten! Wir sind auch eine Parteiführung, und wir können damit nicht

einverstanden sein. Wenn wir unseren Plan revidieren, dann hat das niedrigere technische Personal nichts zu sagen. Darüber entscheidet die Parteiführung. Das Ganze hat mit unserem Verhältnis zu Polen, überhaupt mit politischen Beziehungen, nichts zu tun. Wenn es in diesem Fall um die Tschechoslowakei ginge, müßten wir ebenso handeln. Wir machen euch keine Vorwürfe, aber ihr unterschätzt unsere Schwierigkeiten. Eines Tages werden wir sie erklären!

Damit wurde das Gespräch beendet¹⁰.

Władysław Gomułka bewertete während eines Gesprächs mit dem sowjetischen Außenminister am 7. Dezember 1967 in Warschau die Haltung der DDR zur Wirtschaftsintegration speziell mit Polen kritisch: „Heute beobachten wir in der Praxis eine immer stärkere Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen der DDR und der BRD. Das verbindet ihre Wirtschaftsorganismen. Für die DDR ist dieser Handel vom Nutzen und bringt einen hohen Profit, weil er auf der Grundlage eines sogenannten inneren Handels abgewickelt wird. Aber sie schweigen darüber, sowohl die DDR als auch die BRD. Die einen ziehen daraus hohen wirtschaftlichen Profit, die anderen wiederum politischen Nutzen im Hinblick auf die Perspektive. Auf diese Art und Weise wird der alte Werner-Plan verwirklicht, Ostdeutschland so in ein Spinnennetz aus ökonomischen Beziehungen zu verstricken, daß es sich nicht mehr frei bewegen kann. Das ist natürlich heute noch nicht der Fall, aber der Prozeß schreitet voran. Zur Zeit befinden sich Einheiten der sowjetische Armee in der DDR, deshalb besteht keine Gefahr. Es gibt aber gefährliche Anzeichen. Man muß das sehen.

Dann erläuterte Gen. Gomułka den Versuch der Aufnahme engerer Wirtschaftsbeziehungen zwischen Polen und der DDR. Er stellte fest, daß das Verhalten der DDR-Führung von einer Abneigung gegenüber einer Erweiterung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zeugt. Dabei ist die ökonomische Zusammenarbeit für sie wichtiger als für uns. Wenn sie nicht die Kooperation mit den sozialistischen Ländern nicht will, welche Perspektive bleibt ihnen dann? Wir haben unser Verhältnis zur DDR nicht verändert und wir werden es auch nicht ändern - sagte Gen. Gomułka. Aber so ist die Wirklichkeit, und das muß man sehen. Die Spezialisten aus der DDR arbeiten lieber mit Westdeutschland zusammen.

Es gibt noch etwas. Man sagt, daß - wenn die Lage reif für die Wiedervereinigung Deutschlands sein wird - es der Zustimmung der Vier Mächte bedarf. Wie kann man eine solche Übereinstimmung erwarten, wenn man selbst in kleineren Fragen auf so große Schwierigkeiten stößt? Darüber hinaus können sie erklären, daß sie ein souveräner Staat sind und niemanden um sein Einverständnis fragen werden. Im Moment wollen sie wirklich ein souveräner, sozialistischer Staat werden. Diese Einstellung werden wir mit aller Kraft unterstützen. Wenn

¹⁰ Notatka z polsko-enerdowskich rozmów prowadzonych w Moskwie 8 listopada 1967. AAN, Teczka 2642.

aber andere Kräfte die Stimme erheben, können verschiedene Probleme entstehen. Man muß daran denken. Persönlich lege ich großen Wert auf die Frage der Integration. Andererseits wird es schwierig sein, vorauszusehen, was noch passieren wird. Ulbricht wird irgendwann gehen. Es kommen andere und man weiß nicht, welchen Weg sie einschlagen werden. Darauf zählen Brandt und Kiesinger. Deswegen reden sie immer von einem einheitlichen deutschen Volk“.¹¹

Gomułka ergänzte zugleich, daß man Spitzenfunktionäre der Wirtschaft, die sich für die Erweiterung der Wirtschaftsbeziehungen zu Polen einsetzten, unter fadenscheinigen Vorwänden des Postens enthoben hat. Es existierte also ein Widerspruch zwischen den Deklarationen der DDR-Führung und der Wirklichkeit.

Gomułka und das deutsche Problem

Die Skepsis gegenüber den Möglichkeiten der Zusammenarbeit und wirtschaftlichen Integration Polens und der DDR kam in Gomułkas politischen Überlegungen immer stärker zum Ausdruck. Er begann sich dessen bewußt zu werden, daß etwas, was er vorher bereit war, als Zwangslagen seitens der DDR zu betrachten, nun als eine beabsichtigte Tätigkeit erschien. Die Zeit, in der die DDR politische Unterstützung durch Polen nötig gehabt hatte, begann der Vergangenheit anzugehören.

Die DDR strebte nur eine solche Zusammenarbeit an, in der Polen lediglich die benötigten Rohstoffe oder Produkte mit geringer Wertschöpfung liefern würde. Für sich beanspruchte sie die Produktion der Erzeugnisse mit hohem Anteil moderner Technologien und wissenschaftlich-technischem Know-how. Zweifellos besaß die DDR trotz der Kriegszerstörungen und der Reparationszahlungen zugunsten der Sowjetunion vor allem wegen seiner qualifizierten Arbeitskräfte eine bessere Ausgangsposition als Polen.

Sie profitierte auch von vielen Errungenschaften Westdeutschlands, die trotz Restriktionen und Embargos den Weg in die DDR fanden. Der polnischen Seite ging es darum, die damalige Situation nicht einzufrieren. Die aus objektiven Gründen weniger entwickelten Länder sollten die Möglichkeit erhalten aufzuholen.

Gomułka hörte auf, von einer militärischen Bedrohung seitens der BRD zu sprechen. Er meinte, daß es ein Fehler sei, zu denken, daß die BRD auf militärischem Wege die Deutschlandfrage lösen wolle. In einem Gespräch Gomułkas mit dem Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Deutschland, Max Reimann, der sich im Januar 1969 in Warschau aufhielt, fing jener an, über die militärische Bedrohung durch die BRD zu sprechen. Er nannte Zahlen, die die enorme Aufrüstung der BRD illustrieren sollten. Gomułka unterbrach ihn und sagte:

¹¹ AAN, Teczka 2642, S. 193ff.

„Genosse Reimann, das ist nicht mehr aktuell. Die jetzige Kraft der BRD steckt in der Wirtschaft, das ist ihre neue Waffe“.

Seine Ansichten zur Deutschlandfrage unter besonderer Berücksichtigung der Beziehungen Polen-DDR präsentierte Gomułka auch in einem Gespräch mit Leonid Breshnew im März 1969. Der KPdSU-Chef war auf eine Diskussion zu diesem Thema nicht vorbereitet und konnte sich nicht einmal daran erinnern, was er zu diesem Thema auf der Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien 1967 in Karlovy Vary ausgeführt hatte. Er erklärte, daß es in der BRD gewisse Kreise gebe, die den Gedanken an einen militärischen Gegenschlag hegen würden, und er bauchte dabei die Rolle der damals aktiven neofaschistischen Partei NPD auf. Eine Notiz von diesem Treffen gibt die Beunruhigung Gomułkas hinsichtlich der deutschen Frage wieder und verdeutlicht seinen wachsenden Pessimismus hinsichtlich der Wirtschaftskooperation mit der DDR wie auch in bezug auf die Zukunft dieses Staates insgesamt: „... Wir sind über die Lage am deutschen Abschnitt insgesamt sehr beunruhigt. Ich beginne mit der Frage der DDR. Offiziell gibt es zwischen uns keine Differenzen und Schwierigkeiten. In der jetzigen Politik der DDR-Führung steckt jedoch eine große Gefahr. Vor vier Jahren, vertrat ich im Gespräch mit dem damaligen Botschafter der DDR in Polen, Karl Mewis, die These, daß die Aufrechterhaltung der DDR als eines sozialistischen Staates nur durch wirtschaftliche Integration mit unseren Ländern gesichert werden kann. Die größten Möglichkeiten diesbezüglich bestehen in den Beziehungen zwischen der DDR und Polen sowie der Tschechoslowakei. Das Problem liegt darin, daß man sich mit vielen Fäden zusammenbinden muß, damit sie nicht mehr zerrissen werden können. Die wirtschaftliche Integration bewirkt zugleich zwischenmenschliche Kontakte und gegenseitige Abhängigkeiten. Wenn wir das nicht tun, wird die DDR letzten Endes von der BRD geschluckt. Diese Perspektive, die ich Mewis schilderte, sehe ich auch jetzt. Ich habe über diese Themen auch mit Gen. Ulbricht ... gesprochen. Ich sehe aber, daß die Führung der SED ihren Standpunkt nicht geändert hat. Sie ist nach wie vor gegen eine solche Integration. Ich sagte zu Ulbricht, daß die DDR einer der am weitesten entwickelten Staaten in unserem Block sein möchte, der von uns, hauptsächlich von der UdSSR, Rohstoffe schöpft und sich hier einen günstigen Absatzmarkt sichert, ... sich jedoch in der technologischen Entwicklung an der BRD orientiert. [...] Die DDR profitiert besonders davon, daß der Handel mit der BRD als innere Angelegenheit betrachtet wird. Darin liegt allerdings ein gewisser Widerspruch zur Theorie zweier deutscher Staaten. Die Errungenschaften der BRD zu nutzen ist an sich nicht schlecht, beruhte die ganze Sache darauf, wenn die DDR auch alle Verbündeten teilhaben lassen würde. Die DDR-Genossen vertreten jedoch die Meinung, daß sie diese Errungenschaften nicht einmal im Rahmen der Kooperation zur Verfügung stellen werden, weil sie ihr Eigentum sind. Würden die Genossen alle Angelegenheiten mit uns besprechen, würden sie den Standpunkt der Integri-

on vertreten, wäre es sogar wünschenswert, daß sie diese Errungenschaften nutzen. Wenn sie aber den gleichen Weg wie bislang weiter beschreiten, dann führt dieser Weg, ob wir es wollen oder nicht, zum Verschlingen der DDR durch die BRD. [...] Es stellt sich die Frage, wie sich die Situation weiterentwickeln wird? In der DDR wuchs eine neue Generation heran, und die anderen kommen nach. Nach unserer Erkenntnis gibt es in der DDR stärkere Vereinigungstendenzen, als in der Bevölkerung der BRD. Dort spricht nur die Spitze von der Wiedervereinigung und der Bevölkerung ist es egal. Das Problem der Wiedervereinigung wird in immer schärferer Form die neue Generation in der DDR betreffen. Sie wird die Probleme lösen, aber nicht unbedingt im Geiste des Sozialismus und unserer Staatsinteressen. Einige derartige Prozesse sind derzeit im Gange, und zu diesen Prozessen muß man Stellung nehmen. Wir kämpfen um einen Status quo, aber irgendjemand kann diesen Zustand aus dem Gleichgewicht bringen; das Leben wird es tun, eigentlich passiert es schon. Das muß nicht unbedingt auf eine Veränderung der Grenzen ausgerichtet sein, weil Grenzänderungen das Endresultat eines Prozesses der Veränderung des Status quo sein können. Dieser Prozeß hat schon begonnen.“¹²

Öffentliches und Internes

Auch zu jenen Zeiten, als es auf den zwischenparteilichen Treffen zu kontroversen Wortwechseln kam und man nicht zur Übereinstimmung in Schlüsselfragen kommen konnte, herrschte bei den offiziellen Auftritten Harmonie. Ein Partner lobte die Verdienste des anderen, man versicherte sich der festen Freundschaft und der Bereitschaft zur gegenseitigen Verteidigung. In dieser Beziehung bildete sich allmählich ein gewisses Schema heraus.

Es entstand ein „zweiter Umlauf“, der für die Mehrheit der Bevölkerung nicht zugänglich war. Er ging am Konferenztisch vonstatten, wo die strategischen Entscheidungen für die künftige ökonomische Entwicklung getroffen werden sollten. Hier kam es zu Differenzen, hier prallten die verschiedenen Meinungen aufeinander. Während Gomułka im „ersten Umlauf“, wie bei den Erklärungen über das Recht des deutschen Volkes auf Wiedervereinigung so viele Bedingungen formulierte, daß er es im Prinzip negierte, schloß er im „zweiten Umlauf“ eine Wiedervereinigung nicht aus; er gab sogar einen gewissen Zeitrahmen dafür an.

¹² Notatka Władysława Gomułki z rozmowy z Leonidem Breżniewem w Moskwie 3 marce 1969 r., udostępniona autorowi przez Ryszarda Strzeleckiego. (Notiz vom Gespräch mit Leonid Breshniew in Moskau am 3. März 1969, die dem Verfasser von Ryszard Strzelecki zur Verfügung gestellt wurde). Ta sama notatka znajduje się AAN w „KC PZPR“ (Die gleiche Notiz befindet sich in AAN in „KC PZPR“), Tezka 2645, S. 54-59.

In dieser Situation bemühte sich die polnische Seite darum, die Position der deutschen Seite zu beeinflussen, obwohl sie - wie mir scheint - nicht mit besonderen Illusionen und Hoffnungen nach Berlin fuhr. Am 10. und 11. April 1969 fand in Berlin ein erneutes Treffen der beiden Parteiführungen statt. Die Gespräche, an denen der Autor als Dolmetscher teilnahm, verliefen nicht übermäßig harmonisch.

Es war bekannt, zu welchem Zweck die polnische Delegation in die DDR gekommen war. Ulbricht sprach jedoch in seiner Eröffnungsrede nur über die Parteiarbeit, die führende Rolle der Partei und die Veröffentlichung von zwei Bänden zur neuen Verfassung der DDR sowie deren Umsetzung in die Praxis. Er vergaß nicht, über die sozialistische Integration zu sprechen, aber er reduzierte sie lediglich auf die Vertiefung der Spezialisierung und den Erfahrungsaustausch, mit der Perspektive einer Integration. Das Programm, das er der polnischen Delegation unterbreitete, sollte als Grundlage einer engeren Zusammenarbeit dienen, aber es beschränkte sich auf die Vertiefung der Spezialisierung und Kooperation auf dem Gebiet der Baumaschinen, auf die Kooperation im Bereich hydraulischer Systeme, auf die Lieferungen von polnischem Zink und Kupfer an die DDR sowie auf die Kooperation in der Leichtindustrie (Kleidung und Schuhe).

Auf diese Ausführungen antwortete Gomułka: „Ich möchte mich beim Gen. Ulbricht für die Darstellung des Standpunktes der SED in bestimmten Fragen bedanken. Die vom Gen. Ulbricht erörterte Problematik ist breit gefächert und komplex. Es ist offensichtlich, daß wir gemeinsame politische Ziele gegenüber dem Imperialismus verfolgen, es geht vor allem um die Stärkung der sozialistischen Gemeinschaft. Eines der Grundelemente, auf die diese Einheit baut, ist die Ökonomie und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Gen. Ulbricht hat sehr ausführlich das neue ökonomische System, das in der DDR eingeführt wird, dargestellt. Vor kurzem war unsere Delegation hier zu Besuch, die uns davon berichtete. Darüber hinaus interessiert sich unsere Partei für die zu diesem Thema in der DDR erschienenen Veröffentlichungen. Wir beobachten sie sehr aufmerksam und profitieren von euren Erfahrungen, ähnlich wie von den Erfahrungen anderer sozialistischer Länder. Das ist das gemeinsame Herangehen aller unserer Länder. Alles verlangt nach einer gewissen Erfahrung, nach der Überprüfung in der Praxis. Wir möchten gerade im Wirtschaftsbereich nicht leichtsinnig experimentieren, um nicht unbeabsichtigte Effekte auszulösen.

Die Probleme der Wirtschaft und des Sozialismus gehören zu den am meisten vernachlässigten Wissenschaftszweigen in unserem Lager. Die Ursachen für diesen Zustand sind kompliziert, aber er existiert. Deshalb verfolgen wir mit großem Interesse alle Konzeptionen zur Entwicklung der Wirtschaft in den sozialistischen Ländern insgesamt wie auch einzelner Bereiche. Wir arbeiten ebenfalls an diesem Problem und unser Standpunkt zu den betreffenden Fragen ist dem Gen. Ulbricht und anderen Genossen des ZK der SED bekannt. Daraus,

was wir wissen und was uns der Gen. Ulbricht darlegte, läßt sich schließen, daß unsere Standpunkte zu manchen Fragen nicht übereinstimmen. Über diese Themen werden wir hier und anderswo sprechen, weil man davor nicht fliehen kann... Wir sind Befürworter einer weit verstandenen Integration. Wir meinen, daß die sozialistische Integration einen Prozeß der planmäßigen Entwicklung und der engeren Wirtschaftsverbindungen bedeutet. Sie ist ein Prozeß der Verschmelzung der Wirtschaftsorganismen der sozialistischen Länder bei voller Nutzung der modernen Wissenschaft und Technik sowie der internationalen Arbeitsteilung. Wir meinen, daß die Vertiefung der Integration aller unserer Länder eine Interessengemeinschaft hervorbringt, die die materielle Basis für die ideologische und politische Gemeinschaft darstellt. Nur auf diesem Wege können wir dem Druck der imperialistischen Monopole Widerstand leisten. Und, daß es einen solchen Druck gibt, das wissen wir.

Ohne die Integration werden die einzelnen sozialistischen Länder unvermeidlich eine Verbindung zu den entwickelten kapitalistischen Ländern suchen. Und solche Verbindungen, ob wir es wollen oder nicht, müssen unsere Gemeinschaft schwächen zu geringerer oder größerer politischer Abhängigkeit vom Kapitalismus führen. Man sollte sich die Frage stellen, was passiert in zehn Jahren? Wo werden wir uns als Lager befinden? Die Antwort auf diese Frage gehört zu den außerordentlich wichtigen Prognosen - zur politischen Prognose. Es ist jene Prognose, die alle anderen verallgemeinert. Persönlich bin ich überzeugt, daß wir ohne Integration bei den heute im Rahmen des RGW angewandten Methoden der Zusammenarbeit nicht das verlangte Entwicklungsniveau erreichen werden. In zehn Jahren werden sich die gegenseitigen Beziehungen aufgelöst haben. Die letzten Verbindungen zwischen den Ländern des RGW werden abbrechen. Die Ursachen dafür werden ökonomischer Natur sein.

Wir haben die Internationale Bank gegründet, aber es gibt immer noch keinen multilateralen Handel. Die Gründe dafür müssen analysiert werden. Dahinter steckt kein böser Wille, aber es existieren bestimmte ökonomische Hindernisse, die diese Zusammenarbeit verhindern, vor allem die fehlende Konvertierbarkeit der Währung. Gen. Ulbricht sagte, daß die SED dieses Problem für nicht so wichtig hält. Wir sind entschieden anderer Meinung. Ohne Konvertierbarkeit kann keine Rede von multilateraler Spezialisierung und Kooperation sein, weil die Rechnungsführung sehr schwierig ist. Vor langer Zeit hatten wir die Idee, ein Stahlwerk für kleine Profile, das alle sozialistischen Länder beliefern würde, gemeinsam zu bauen. Die Idee scheiterte, weil es keine Konvertierbarkeit der Währungen gab. Jede Transaktion müßte in eine konvertierbare westliche Währung umgerechnet werden. Unserer Meinung nach ist das Treffen entsprechender Entscheidungen in diesem Bereich eine grundlegende Voraussetzung für die Vergleichbarkeit der Kosten und Preise. Jedes Land kann dann feststellen, welche Produktionszweige weiterentwickelt werden sollen und auf welche man aufgrund zu hoher Kosten verzichten sollte. Wir müssen in unsere

Wirtschaft Elemente der Marktwirtschaft als Ergänzung der Planwirtschaft einführen. Wir sind nicht gegen die bilaterale Ebene der Zusammenarbeit, aber einige Bereiche der Zusammenarbeit könnten und sollten schon in der jetzigen Etappe gemeinsam realisiert werden.“¹³

Eine der Hauptfragen, die danach diskutiert wurden, war die Konvertierbarkeit der Währungen, weil man ohne sie den Außenhandel im Rahmen des RGW nicht liberalisieren konnte - so die polnische Argumentation. Sie stellte fest, daß „die Konvertierbarkeit der Währungen durch die Handelsliberalisierung für bestimmte Warengruppen im ganzen RGW begonnen werden sollte. Das Ausmaß der Liberalisierung sollte zu bestimmten Terminen vereinbart werden. Die Möglichkeit des Kaufes liberalisierter Waren und der Bezahlung mit der internationalen Währung, über die jedes Land verfügt, schafft neue Kräfte, die heute noch nicht existieren, die aber die Herstellung neuer Warengruppen zur Folge haben werden. Voraussetzung dafür wird die Attraktivität dieses Geldes sein, die so groß sein muß, daß die RGW-Länder nach ihm streben. Sie hängt sowohl von der Art der Waren ab, die man für dieses Geld bekommen kann, als auch von ihrer Deckung in Waren, also davon, was man im Schuldner-Land kaufen kann, wenn es keine attraktiven, liberalisierten Waren besitzt. Die Deckung kann durch solche Rohstoffe, konvertible Währungsbestände oder Gold erfolgen, die jedes Land zu Beginn bei der Bank meldet.

Die Einführung der Liberalisierung gehört bestimmt nicht zu den einfachen Aufgaben und kann zu einer Jagd auf die konvertible westliche Währung führen (wobei man künstlich Bilanzüberschüsse erzeugen könnte, indem man sich beim Kauf liberalisierter Waren zurückhält). Es gibt jedoch keinen anderen Weg, umso mehr, als der RGW eine offene Organisation ist, und wir wollen, daß sie so bleibt, was eine übereinstimmende Position aller Mitgliedstaaten ist“.¹⁴

Darauf erklärte Walter Ulbricht, wenn es zur Konvertierbarkeit der Währungen käme, dann:

„- würde das Nationaleinkommen der DDR umgeleitet werden;

- es müßte zur Steigerung der Preise in der DDR kommen, während sich die Regierung der DDR ständig bemüht habe, sie zu senken;
- es würde zur Überschwemmung der DDR durch Touristen aus den anderen sozialistischen Ländern kommen, in denen die Preise für gegebene Waren höher liegen, und die dann aufgekauft würden (z.B. würden die tschechischen Händler die Nylon-Gardinen der DDR aufkaufen)“.¹⁵

Ich kann mich noch daran erinnern, daß sich Gomułka nach diesem Auftritt von Ulbricht stark erregte. Ihm rutschte sogar folgender Satz heraus: „Erzählen sie keinen Unsinn, Gen. Ulbricht“. Die Diskussion verlief also - wie man es im

¹³ AAN, Teczka 2575, S. 177.

¹⁴ Ebenda.

¹⁵ Ebenda.

Parteiwortschatz bezeichnen würde - in einer „ehrlichen und parteilichen Atmosphäre“.

Am 16. April 1969 informierte Ulbricht den sowjetischen Parteiführer über diese Diskussion und teilte ihm mit, daß er mit dem Angebot der Polen über die Währungskonvertibilität nicht einverstanden sei.¹⁶

Gomułka unternahm einen letzten Versuch, die DDR zu einer engeren Integration mit Polen zu bewegen. Anlaß war ein Besuch des DDR-Ministerpräsidenten Willi Stoph in Łańsk von 25. bis 27. September 1970. Ursprünglich war auch eine Reise von Erich Honecker nach Polen geplant, ein deutliches Zeichen dafür, daß sich die Ära Ulbricht ihrem Ende zuneigte. Stoph und Honecker weilten vor ihrem geplanten Polen-Aufenthalt in der UdSSR, wo sie Unterstützung für ihre Kritik an Ulbricht gewonnen hatten. Nach Polen kam aber lediglich Stoph, um nicht den Eindruck zu erwecken, er stehe mit Honecker in einem Duumvirat. Alle seine Schritte wurden aber von Honecker mitgetragen.

Während der Gespräche mit Stoph kam Gomułka auf seine Konzeption des wirtschaftlichen Dreiecks zwischen Polen, der Tschechoslowakei und der DDR zurück. Überraschenderweise war auch Stoph damit einverstanden. Doch resultierten daraus keine praktischen Entwicklungen.

Die nächste polnische Führung unter Edward Gierek legte keinen großen Wert auf die sozialistische Integration und neigte eher zu einer wirtschaftlich engeren Anbindung an den Westen. Sie war der Überzeugung, daß neue Technologien nur aus dem Westen kommen könnten. Wenn sie dazu mit Milliardenkrediten verbunden wären, seien sie um vieles attraktiver als die vage Integrationsbereitschaft des Ostens.

Politischer Streit um die deutsche Frage

Neben den Unterschieden in der Wirtschaftspolitik zwischen Polen und der DDR kam es Ende der 60er Jahre auch zum politischen Auseinanderdriften. Diese Entwicklung war mit Ausnahme des Oktobers 1956 neu. Den Anlaß dazu gab Gomułkas Vorschlag an die Bundesrepublik vom 17. Mai 1969, ein Abkommen über die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze zu unterzeichnen. Die DDR hatte gut entwickelte Wirtschaftsbeziehungen mit der Bundesrepublik und beobachtete alle Versuche der sozialistischen Länder (außer der UdSSR), die Beziehungen mit der BRD zu normalisieren, mit Argwohn. Polen wollte nicht, daß die Anerkennung der polnisch-deutschen Grenze zum Verhandlungsobjekt zwischen Bonn und Moskau wird und ergriff eine eigene Initiative. Gomułka hielt die deutsche Vereinigung für eine realistische Entwicklung. Im Falle der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die Bundesrepublik sollte der vereinigte deutsche Staat dieses Abkommen als völkerrechtlich verbindlich über-

¹⁶ SED-Archiv, J IV 21202, Bd. 2, Ulbricht.

nehmen. Darüber hinaus suchte Gomułka die Wirtschaftsbeziehungen mit der Bundesrepublik zu intensivieren. Die BRD war schon damals der größte westliche Handelspartner Polens. Politische Kooperation sollte den Handel zusätzlich dynamisieren. Parallel zu den Gesprächen über die Oder-Neiße-Grenze wurden Verhandlungen über ein langfristiges Kooperationsabkommen im wirtschaftlichen Bereich geführt.

Am 22. Mai 1969 sprach der Autor mit DDR-Außenminister Otto Winzer, der die polnische Initiative als einen Ausdruck der Unzufriedenheit Polens mit der Politik der DDR ansah.

Nach der Regierungsbildung von Willy Brandt fand am 2. Dezember in Moskau ein Treffen von Vertretern Polens und der DDR statt. Die Animositäten zwischen beiden Delegationen waren offensichtlich. Plötzlich fing die DDR-Regierung an, die deutsch-polnische Grenze an der Oder und der Lausitzer Neiße (gemäß dem Görlitzer Abkommen) polnisch-ostdeutsch zu nennen und sprach von der Überflüssigkeit einer bundesdeutschen Anerkennung dieser Grenze. Während des Moskauer Treffens führte Gomułka angesichts der fehlenden Unterstützung seitens der DDR in der Grenzfrage unter anderem aus: „Wir möchten, daß eure Genossen jede Handlung gegen unsere Partei in dieser Frage unterlassen. Glaubt ihr, daß nur wir die Pflicht haben, euch zu unterstützen, und nicht auch umgekehrt? Ich sage noch mehr: wir werden euch weiterhin unterstützen. Es gab Zeiten, da alle anderen schwiegen und nur wir den Kalten Krieg gegen Westdeutschland führten. Wir unterstützen eure Vorschläge. Uns aber wird gesagt: Ihr habt kein Recht, mit Westdeutschland in der Frage der polnischen Grenze zu verhandeln. Niemand darf uns dieses Rechts berauben. Alle sozialistischen Länder sollten uns unterstützen...“

Es gibt viele andere Dinge, die wir nicht begreifen. Wieso macht ihr uns Schwierigkeiten beim Handel mit Westberlin? Das ist doch Diskriminierung. Wir brauchen eine Genehmigung für den Transit. Deshalb mußten wir allein in diesem Jahr 600 000 DM bezahlen. Von den Kapitalisten fordert ihr keine Erlaubnis, nur von den sozialistischen Ländern, außer der UdSSR. Es geht nicht um die Summe, sondern um das Prinzip. Wir informieren unser Volk nicht darüber. Sonst würde man sagen, daß die Deutschen Feinde der Polen sind. Wie lange wird diese Diskriminierung noch andauern? Ihr habt das trilaterale Abkommen zwischen Polen, der UdSSR und der DDR über den Verkehr blockiert. Seit 1962 gibt es keine Entwicklung auf diesem Gebiet. [...] Ich frage mich, ob wir gleichberechtigte Staaten sind? Ferner verstehen wir nicht, weshalb ihr versucht, die Aussage des Görlitzer Abkommens zu verändern. Eure Leute sagten, daß der Inhalt des Abkommens der Wirklichkeit nicht mehr entspreche.

Ulbricht: Wer hat das gesagt?

Gomułka: Minister Hoffmann während der Gespräche über die Beziehungen im grenznahen Raum. Eure Genossen waren mit der Formulierung „polnisch-deutsche“ Grenze nicht einverstanden.

Ulbricht: Und was haben unsere Genossen vorgeschlagen?

Gomułka: Die Grenze zwischen der VR Polen und der DDR.

Ulbricht: Und richtig! Aber ich höre zum ersten Mal davon.

Gomułka: Wenn Sie es richtig finden, heißt es, daß Sie davon gehört haben. Das Abkommen heißt doch: „Das Abkommen zwischen der VR Polen und der DDR zur Frage der polnisch-deutschen Grenze“.

Ulbricht: Niemand versucht das Abkommen zu verändern.

Jędrzychowski: Unsere Seite wollte die Formulierungen aus dem Görlitzer Abkommen in das Abkommen über die Grenzbeziehungen übernehmen. Eure Genossen sagten aber, daß sie veraltet wären und das Abkommen selbst auch zu verändern wäre.

Gomułka: Glaubt ihr, daß ich dumm bin und nicht weiß, was dahinter steckt? Alle wissen, worum es geht...

Darüber hinaus verdient folgende Tatsache besondere Aufmerksamkeit. Neu- erdings vertreten die ostdeutschen Genossen die Meinung, daß man von der Oder-Neiße-Grenze nicht als einer deutsch-polnischen Grenze sprechen könne. Sie sei eine Grenze zwischen Polen und der DDR. Sie glauben, daß das Görlitzer Abkommen in einer anderen politischen Situation unterzeichnet worden sei, als noch Hoffnung auf die deutsche Vereinigung bestand. Da heute zwei deutsche Staaten Gestalt angenommen hätten, müßte ebenfalls die Formulierung des Abkommens verändert werden. Dieses Problem wurde während der Verhandlungen über ein Abkommen zu rechtlichen Verhältnissen an der gemeinsamen Grenze sowie der gegenseitigen Hilfe in Grenzfragen vom 21. bis 29. Oktober 1969 in Berlin offensichtlich. Die DDR war nicht mit der Formulierung „deutsch-polnische Grenze“ einverstanden. Man einigte sich auf einen Kompromiß. Artikel 1 dieses Abkommens besagt, daß die Grenze laut des Görlitzer Abkommens verstanden werden sollte...

Ulbricht: Was dahinter steckt? Die DDR und Polen sind starke, souveräne Staaten und wir regeln unsere Beziehungen.

Gomułka: Warum wollt ihr Korrekturen anbringen? Ich habe einige Fakten angeführt, die uns nicht besonders gut stimmen. Ihr sagt, daß ihr über Äußerungen unserer Genossen in der Grenzfrage verfügt. Ich möchte, daß ihr wißt, daß wir in der internationalen Arena für euch mehr als andere Staaten (außer der UdSSR) getan haben. Sogar, wenn ihr sagt, daß es in unserem eigenen Interesse liegt, werden die Tatsachen dadurch nicht verändert. Deshalb können wir damit nicht einverstanden sein, daß eure Genossen gegen uns handeln¹⁷.

Der Charakter der Gespräche hatte sich offensichtlich stark verändert. Während des Treffens sagte der Sekretär des ZK der SED Hermann Axen, daß die DDR das Görlitzer Abkommen nur deswegen unterzeichnet hatte, weil sie damals kein souveräner Staat gewesen war. Trotz der scharfen Reaktion Gomułkas

¹⁷ AAN, Teczka 2571, DIV o NRF 240-12-69.

auf die ostdeutschen Veränderungsversuche legte die DDR am 18. Dezember 1969 der BRD einen Vertragsentwurf über die Beziehungen zwischen beiden Staaten vor. Dieser Entwurf enthielt eine Klausel über die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnisch-ostdeutsche Grenze für einen Zeitraum von nur zehn Jahren. Dies bedeutete, daß nach zehn Jahren sogar eine solche Anerkennung ungültig geworden wäre.

Die polnische Seite sandte eine diplomatische Note an den DDR-Außenminister und verwies auf jene Formulierungen im Vertragsentwurf, die nicht mit dem Görlitzer Vertrag und dem Potsdamer Abkommen übereinstimmten.

Gegen Ende seiner politischen Karriere versuchte sich Ulbricht immer öfter als Lehrer und Führer eines souveränen Staates zu profilieren. Er fing an, sogar an diese Rolle zu glauben. Wie der polnische Botschafter in der UdSSR Jan Ptasieński in einem Brief an Gomułka vom 4. Januar 1970 berichtete, konsultierte Ulbricht vor dem Vertragsentwurf nicht einmal die sowjetische Führung. Die DDR redete sich mit angeblichem „Zeitmangel“ heraus. Botschafter Ptasieński schrieb: „Viele ernsthafte Funktionäre der KPdSU (Demitschew) klagten bei mir, daß Ulbricht ihnen gegenüber den Professor spielt.“

Die polnisch-ostdeutschen Beziehungen fingen an, den „großen Bruder“ in Moskau zu beunruhigen. Ptasieński berichtete: „In fast allen Gesprächen spürt man eine deutliche Beunruhigung der sowjetischen Führungskreise über den Zustand der polnisch-ostdeutschen Beziehungen. Die Kenner wissen meist, auf welcher Grundlage diese Spannungen entstanden sind. Man befürchtet die Konsequenzen, die aus Anspielungen und Unklarheiten in den Massenmedien beider Staaten entstehen könnten. In Moskau betont man, daß man im Interesse des ganzen sozialistischen Lagers dieser Tendenz gegensteuern muß und keine öffentlichen Enthüllungen erlauben darf. In den Gesprächen erklären wir deutlich, daß Polen sich für die Verschlechterung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten nicht verantwortlich fühlt. Nicht Polen bereitet Schwierigkeiten auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Integration und hemmt die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen. Wir unternehmen auch nicht Versuche zur Veränderung des Görlitzer Abkommens. All dies verstehen die sowjetischen Genossen und viele teilen ebenfalls unsere Meinung. Einige von ihnen (Maltschanow, der Auslandsdirektor des sowjetischen Fernsehens, ehemaliger Leiter der zweiten Abteilung des Generalstabs der Roten Armee) äußern sich völlig überzeugt von den Grundsätzen der polnischen Außenpolitik gegenüber der DDR...

Man teilt im allgemeinen die Meinung, daß die Frage der Oder-Neiße-Grenze eine ausschließlich polnisch-ostdeutsche Angelegenheit bleibt. Man wundert sich, weshalb wir solch großen Wert auf die Anerkennung unserer Westgrenze legen. Manche fragen direkt, ob die sowjetischen Garantien für uns nicht ausreichend seien. Wir lehnen diese Interpretation entschieden ab. Ich glaube, daß die sowjetischen Genossen die Bedeutung verkennen, die 25 Jahre nach dem Krieg nicht geregelte bzw. von den Großmächten nicht anerkannte Grenzen für

einen großen Staat in Europa haben. Auf diese Argumente reagieren sie nicht. Man hört nur manchmal die Antwort, daß es in Europa viele strittige Grenzprobleme gibt“¹⁸.

Fazit

Nach den Emotionen des polnischen Oktobers 1956 wurden beide Staaten und beide Parteien gezwungen, ihre Zusammenarbeit fortzusetzen. Jeder Staat verfolgte oft unterschiedliche Interessen, die nicht immer zu einer gemeinsamen Politik zusammengeführt werden konnten. So entstanden Spannungen und Konflikte. Ursprünglich betrafen sie lediglich die wirtschaftliche Kooperation, doch sprangen sie später auch auf die politische Ebene über.

Die Aussagen von Gomułka zeigen eine bestimmte Skepsis. Ihn beunruhigten die Annäherungsversuche der beiden deutschen Staaten und der Generationswechsel in der ostdeutschen Führung, der eine ungewisse ostdeutsche Politik bedeuten und sogar die Existenz Ostdeutschlands infragestellen konnte.

¹⁸ AAN, Teczka 2586, S.9, Dokument u. d. T. „Sowjetische Meinungen über die Außenpolitik der VR Polen in der deutschen Frage“ unterschrieben vom Botschafter Ptasiński am 4. Januar 1970.